

**Geht an:**

- Schweizerischer Städteverband
- Schweizerischer Gemeindeverband

Bern, 25. Juni 2019

**5G Netze: Arbeiten der BPUK; Information und weiteres Vorgehen**

Sehr geehrte Herr Ständerat, sehr geehrter Herr Nationalrat  
Sehr geehrte Frau Direktorin, sehr geehrter Herr Direktor

Die Thematik der 5G Netze ist in den Schlagzeilen. Das Ausmass des Widerstands der Bevölkerung ist erheblich, namentlich in der Westschweiz. Die 5G-Technologie ist eine Projektionsfläche für Widerstände, aber auch für diffuse Ängste und Unbehagen. Gleichzeitig ist unabdingbar, dass die Fragen im Zusammenhang mit der neuen Technologie geklärt werden und ein echter Dialog mit der Bevölkerung stattfindet. Die BPUK beschäftigt sich aus diesem Grund schon seit einiger Zeit mit der 5G-Thematik. Sie sucht zusammen mit dem Bundesamt für Umwelt nach Lösungen, um die Kantone und Gemeinden im Vollzug zu unterstützen. Konkret arbeitet die BPUK an den folgenden Themen:

**Arbeitsgruppe Mobilfunk und Strahlung des UVEK**

Am 20. September 2018 hat alt Bundesrätin Doris Leuthard eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Diese soll die Bedürfnisse und Risiken des zukünftigen Mobilfunks analysieren, insbesondere auch beim Aufbau von 5G. Die Arbeitsgruppe hat den Auftrag, einen Bericht mit Empfehlungen bis im Sommer 2019 an das UVEK zu liefern. In der Arbeitsgruppe sind diejenigen Akteure vertreten, die zu den sich stellenden Fragen Fakten einbringen können. Dazu gehören einerseits die Ärzteschaft und die Mobilfunkanbieter sowie andererseits unabhängige wissenschaftliche Experten zu gesundheitlichen und technischen Fragen. Zudem sind Behörden von Bund und Kantonen sowie der Städteverband beteiligt. Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) leitet die Arbeitsgruppe. Der Bericht der Arbeitsgruppe soll das weitere Vorgehen bei der näheren und weiteren Zukunft des Mobilfunks unter Berücksichtigung der Nutz- und Schutzinteressen thematisieren. Die Arbeitsgruppe wird keine Entscheide fällen, sondern erstellt ihren Bericht zuhanden des UVEK. Das UVEK wird den Bericht veröffentlichen und anschliessend über das weitere Vorgehen entscheiden. Welche Folgearbeiten sich aus der Berichterstattung ergeben und wie rasch diese gegebenenfalls erfüllt werden können, kann derzeit noch nicht abgeschätzt werden. Beim Bericht handelt es sich allerdings nicht um eine Studie über die gesundheitlichen Auswirkungen von 5G. Ebenso wenig wird der Bericht Entscheide fällen oder Aussagen über die Einführung von 5G in der Schweiz machen. Fragen zu diesem Projekt sind an das BAFU zu richten.

**BPUK-Empfehlungen Mobilfunk:** Für die Überarbeitung der BPUK-Mobilfunkempfehlungen und der Bagatellverfahren aus dem Jahr 2013 hat die BPUK bereits im letzten November eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Die Arbeiten sind fortgeschritten. Die Gruppe hat verschiedene Vorschläge für die Anpassung der Empfehlungen erarbeitet. Einige dieser Massnahmen sind rein technischer Natur und betreffen Verbesserungen, die mithilfe Aktualisierungen der Empfehlungen erreicht werden können. Bei anderen Vorschlägen

ist jedoch eine vertiefte Diskussion in den Gremien der BPUK unabdingbar. Im Juni und im Juli führt die Arbeitsgruppe Workshops mit Stakeholdern durch, um diese Vorschläge zu finalisieren. Falls zeitlich möglich, sollen die Vorschläge über die Sommermonate den Mitgliedern der BPUK zur Prüfung unterbreitet werden. Der Einbezug Ihrer Verbände ist in diesem Rahmen ebenfalls geplant. Die BPUK strebt an, die Empfehlungen sodann an der Hauptversammlung vom 19. September 2019 zu behandeln.

**Leitfaden Mobilfunk:** Im Jahr 2010 hat die BPUK gemeinsam mit dem Städteverband, dem Gemeindeverband sowie den Bundesämtern BAFU, ARE und BAKOM den "Leitfaden Mobilfunk für Gemeinden und Städte" herausgegeben. Die Überarbeitung dieses Leitfadens ist aufgrund der grossen technologischen Entwicklung angezeigt und bietet gleichzeitig die Chance, den Dialog zwischen den drei Staatsebenen zu erneuern. Die Überarbeitung des Leitfadens wird indessen während 1-2 Jahren erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen beanspruchen. Die BPUK möchte aus diesem Grund im September 2019 gemeinsam mit Ihren Verbänden an Bundesrätin Sommaruga gelangen und die Erarbeitung eines gemeinsamen Projekt- und Finanzierungsplans vorschlagen. Aus Sicht der BPUK bedingt das Gelingen des Vorhabens externe Unterstützung. Erste Gespräche mit dem BAKOM und BAFU wurden bereits geführt. Der Bund müsste erhebliche Mittel beitragen, so dass die frühzeitige Einstellung der Mittel unumgänglich ist. Die Geschäftsstelle wird gerne in den Sommermonaten auf Sie zukommen, um ein konsolidiertes Schreiben der Verbände an die Bundesrätin zuhanden der Gremien vorzubereiten. Gleichzeitig bittet Sie der Vorstand der BPUK, die von Ihrer Seite notwendigen Arbeiten in den kommenden Jahren einzuplanen. Er würde es sehr begrüessen, wenn sich die beiden Verbände aktiv einbringen.

Abschliessend möchten wir gerne noch auf die beiliegenden Dokumente der Bundesämter BAKOM und BAFU hinweisen. Diese sind uns am 17.04.2019 zugegangen. Wir sind unsicher, ob die Gemeinden damit bedient wurden. Die Dokumente unterstützen die sachliche Diskussion. Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie diese Dokumente auf geeignete Weise bei den Städten und Gemeinden bekanntmachen.

Wir danken Ihnen bestens für die Prüfung unserer Anliegen. Die Präsidentin wie auch die Geschäftsstelle stehen Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

**Bau-, Planungs- und  
Umweltdirektoren-Konferenz BPUK**

Die Präsidentin



Jacqueline de Quattro

Die Generalsekretärin



Christa Hostettler

Beilagen: Brief Mobilfunk und Strahlung an BPUK vom 17. April 2019 und Infoblatt an Kantone

Kopie an: BAFU